

Von der Denkarbeit zu konkreten Entscheidungen und zur praktischen Umsetzung!



Die Beurteilung der auslaufenden Legislaturperiode aus Sicht der Landesplanung muss notgedrungen recht zwiespältig ausfallen. Auch aufgrund juristischer Probleme konnte die Reform des Landesplanungsgesetzes sowie die Prozedur der sektoriellen Pläne nicht in dem wünschenswerten und eigentlich notwendigem Zeitrahmen abgeschlossen werden, was eine erhebliche Verzögerung in der Umsetzung einer konkreten Landesplanung darstellt. Parallel aber nahm die Landesplanung in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung einen recht großen Raum ein.

Dabei ist das Bewusstsein, dass Luxemburg eine kohärentere und stärkere Landesplanung braucht, innerhalb dieser Legislaturperiode sondern Zweifel erheblich angestiegen. Dies nicht zuletzt aufgrund der akuten Zuspitzung u.a. der Mobilitäts- oder Wohnungsbauproblematik.

Dieses Bewusstsein hat jedoch noch nicht wirklich zu den notwendigen Schlussfolgerungen und Konsequenzen geführt, was die konkrete Umsetzung in der Praxis anbelangt. Als ein Beispiel dafür kann erwähnt werden, dass die Landesplanung im Rahmen der Omnibus-Reform geschwächt wurde: So müssen z.B. die Gemeinden nicht mehr obligatorisch nach einem festgelegten Zeitrahmen ihre PAGs konform zu den Richtlinien der Landesplanung setzen.

Zudem fehlt es an einer Klärung wichtiger Fragestellungen, die de facto unerlässlich für eine effiziente Landesplanung sind, wie z.B. ein gewisses Vorrecht (in klar definierten (Fällen) der öffentlichen Hand gegenüber dem Privatbesitz. Entsprechend fehlt es ebenfalls an den notwendigen Instrumenten.

Insofern gilt es nach der Phase der gesteigerten Bewusstseinsbildung in dieser Legislaturperiode in eine Phase der effektiven Entscheidungen und konkreten Weichenstellungen zu treten.

Unweigerlich damit verbunden ist natürlich auch die Wachstumsfrage. Denn die beste Landesplanung kann ein Ansteigen der Bevölkerung von derzeit ca. 590.000 auf ca. 1 Mio. Einwohner 2050 oder der Arbeitsplätze von derzeit ca. 415.000 auf 755.000 2050 nicht auffangen! Der Ausbau der Infrastrukturen sowie der Wohneinheiten läuft bereits heute der Situation regelrecht hinterher.

Ziel muss - so wie im Nachhaltigkeitsplan (PNDD) vorgesehen - eine reelle Begrenzung der weiteren Zersiedlung, eine Reduktion des Flächenverbrauchs sowie eine bewusste Steuerung der Siedlungsentwicklung sein. Dies, um eine gute Lebensqualität für alle zu sichern und Belastungen für die menschliche und natürliche Umwelt weitestgehend zu vermeiden oder zumindest zu minimieren.

Insofern ist in der nächsten Legislaturperiode ein dreifacher Paradigmenwechsel auf der Ebene der Landesplanung erforderlich:

- Die Landesplanung muss grundsätzlich gegenüber anderen, eher sektoriellen gesellschaftlichen Zielen, aufgewertet werden und Verfassungsrang erhalten;
- Statt zu versuchen das Wachstum / eine Rifkin-Strategie bestmöglich zu begleiten, oder aber die Auswirkungen der Gemeindefinanz-Reform ggf. auszugleichen, sollte die Landesplanung zum (Mit-) Gestalter und prägenden Akteur der anderen Politikbereiche werden, dies in breitem Diskurs und enger Kooperation mit BürgerInnen und Gemeinden.
- Und nicht zuletzt sollte die bisher sträflich vernachlässigte Einbeziehung der Großregion nicht nur eher „nebensächlich“ behandelt, sondern Kernelement einer zukunftsorientierten Landesplanung sein!

1 Das Statut der Landesplanung aufwerten - Die Landesplanung in der Verfassung verankern!

Das Eigentumsrecht ist in der Verfassung verankert - nicht aber die Sozialpflichtigkeit des Privateigentums. Wer will, dass Landesplanung - im höheren Interesse der Allgemeinheit - reell die Entwicklung des Landes auf der Grundlage eines gesetzlich verankerten Leitbildes steuern und begleiten kann, kommt an deren Aufwertung, auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Interessenlagen, nicht vorbei.

Es ist an der Zeit, der Landesplanung diesen Stellenwert zuzugestehen, damit sie nicht weiterhin u.a. den genannten Zielen (Eigentumsrecht u.a.) untergeordnet ist! Aufbauend auf den im Ausland gemachten Erfahrungen, sollte der Anspruch einer **nachhaltigen Landesplanung** entsprechend in der **Verfassung verankert** werden.

2 Landes- und Mobilitätsplanung sowie ländliche Entwicklung gehören in ein gemeinsames Ministerium!

Die auslaufende Legislaturperiode hat aufgezeigt, dass die Zusammenlegung der Kompetenzen in Sachen Mobilitäts- und Landesplanung in einem Ministerium zielführend war. Insofern ist es für den Mouvement Ecologique unabdingbar, dass beide Kompetenzen auch in der nächsten Legislaturperiode innerhalb eines Ministeriums gebündelt bleiben sollen.

Der Mouvement Ecologique tritt zusätzlich für drei Neuerungen ein:

- Landesplanung beinhaltet auch die Entwicklung des ländlichen Raumes. Dies umso mehr, als in diesem Bereich eine sehr problematische Siedlungsentwicklung stattfindet. Diese Tatsache ist wohl für jeden eine Selbstverständlichkeit und doch liegen die Kompetenzen für den ländlichen Raum derzeit beim Landwirtschaftsministerium. Sicherlich ist der landwirtschaftliche Sektor von Bedeutung für den ländlichen Raum, es ist jedoch widersinnig, dem Landwirtschaftsministerium deshalb alle diesbezüglichen Kompetenzen zu übertragen und diese von der generellen Landesplanung abzuspalten. Dies hat in der Vergangenheit zu einem nicht sinnvollen „Nebeneinander“ geführt. **Im Sinne einer effizienten und kohärenten Planung sollten alle diesbezüglichen Kräfte im Landesplanungsministerium gebündelt werden.**
- Um gleichzeitig das mit dieser zusätzlichen Kompetenz versehene Landesplanungs- und Mobilitätsministerium etwas zu entlasten, könnten die **Kompetenzen im Bereich „öffentliche Bauten“ einem anderem Ministerium** zugeordnet werden.
- Die Zuordnung der Kompetenz für die Großregion erfolgte in den letzten Legislaturperioden eher nach dem Zufallsprinzip. Dies mit dem Resultat, dass - mit Ausnahme von grenzüberschreitenden Treffen - das Ergebnis eher mager ausfiel. **Da eine verstärkte gemeinsame grenzüberschreitende Entwicklung DIE Herausforderung der Zukunft darstellt, gehört diese Kompetenz in das Landesplanungsministerium!**

3 Landesplanung braucht weiterhin eine verstärkte Diskussionskultur

Es muss dieser Regierung und dem zuständigen Minister zugute gehalten werden, dass Landesplanung endlich zu einem reellen gesellschaftlichen Thema geworden ist und eine dynamische Politik der Information und Beteiligung sichergestellt wurde. Dies stellt einen Quantensprung gegenüber vorherigen Legislaturperioden dar, in welchen z.T. entweder ein Stillstand im Bereich Landesplanung festzustellen war oder aber diese eher „von oben“ herab erfolgte.

Dabei hat sich deutlich gezeigt, dass sowohl bei den betroffenen Akteuren als auch der breiten Bevölkerung ein reeller Bedarf nach einer **verstärkten Informationspolitik und Dialog- und Beteiligungskultur** besteht, so dass diese Entwicklung positiv aufgenommen wurde.

Für den Mouvement Ecologique stehen dabei folgende Dimensionen im Vordergrund:

In der kommenden Legislaturperiode sollte man sich nicht auf seinen gemachten Lorbeeren ausruhen, sondern diese Strategie mit doppelter Schlagkraft fortführen. Dies ist umso wichtiger, als die Landesplanung, nachdem der rechtliche Rahmen geklärt wurde, in der kommenden Legislaturperiode vor Ort, u.a. auf regionaler Ebene, mit Leben gefüllt werden muss. D.h. die Spannungsfelder und damit auch der Diskussionsbedarf nehmen eher zu, denn ab. Insofern sollte diese Kommunikations-, Dialog- und Beteiligungskultur mit den Gemeinden und den BürgerInnen optimiert werden. Was letztere anbelangt, so soll dies u.a. durch eine konkretere Zielgruppenansprache erfolgen und u.a. auch weitaus bewusster die nicht-luxemburgisch sprechende EinwohnerInnen eingebunden werden.

4 Großregion endlich als wesentliches Element der Landesplanung einbeziehen!

Auch wenn die Großregion in politischen Reden hoch gehalten wird, wird ihre Bedeutung in der Praxis, wie schon erwähnt, oft verkannt. Noch immer entstehen Entwürfe der Landes- und Regionalplanung, die der Großregion kaum Rechnung tragen (oder diese eher am Rande erwähnen). Es fehlt u.a. auch an rechtlichen und steuerpolitischen Analysen über notwendige Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit. Damit die Großregion mehr darstellt als reine Pendlerbewegungen in Richtung Luxemburg, sollte ein Fokus der nächsten Legislaturperiode unbedingt in der Belebung und der Klärung zentraler Aspekte einer gemeinsamen Gestaltung liegen.

Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- **Verwirklichung eines grenzüberschreitenden Entwicklungskonzeptes** (Siedlungsentwicklung, Mobilität, Natur-/Landschaftsschutz- sowie Aktivitäts- und Erholungszonen...), das sowohl nationale wie kommunale Planungen (der grenznahen Gemeinden) berücksichtigt;
- **Einbeziehung der Großregion bei allen relevanten Planungsprozessen:** Direktiven der Landesplanung, sektorielle Pläne, Modu-Strategie
- **Unterstützung mittels Konvention von Organisationen der Zivilgesellschaft** in ihrer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit;
- **Grenzüberschreitende Wirtschaftsplanung:** Schaffung von grenzüberschreitenden Aktivitätszonen und Erstellen von Lösungen betreffend die Besteuerung u.a.m.
- **Regionale Kooperation auf allen Ebenen fördern**, sowohl finanziell wie auch logistisch. Sinnvoll erscheinen auch grenzüberschreitende Zusammenschlüsse bzw. Absprachen in Bezug auf Aktivitätszonen, dies u.a. im Hinblick auf eine Minderung der Pendlerbewegungen. Hierzu ist es notwendig, die steuerlichen, arbeitsrechtlichen und andere Voraussetzungen zu klären;
- **Ausweitung von nationalen Initiativen auf die Ebene der Großregion**, wie z.B. das Beratungsangebot der Mobilitätszentrale, systematischer Ausbau des „Jobtickets“ u.a.m.

5 Programm der Landesplanung und sektorielle Pläne vorantreiben und in der politischen Praxis durchsetzen!

In der kommenden Legislaturperiode sollten die notwendigen Planungsinstrumente endlich verabschiedet und validiert werden.

- **Neues Programm der Landesplanung vorantreiben und in der politischen Praxis durchsetzen!**

Im Vorfeld der anstehenden Überarbeitung des Programmes der Landesplanung wurde eine Bürgerbeteiligung („regional labs“) ins Leben gerufen sowie eine Konzertierung der gesellschaftlichen Akteure („policy lab“). Dies ist eine begrüßenswerte Neuerung.

An der kommenden Regierung ist es, die daraus gewonnenen Erkenntnisse weiter zu entwickeln und u.a. auch durch die Abgeordnetenkammer validieren zu lassen.

Dabei gilt es zu gewährleisten, dass Landesplanung nicht länger eine Art „Papiertiger“ ist, sondern in den Entscheidungsprozessen sektorieller Ministerien sowie auf kommunaler Ebene verstärkt berücksichtigt wird.

In diesem Rahmen gilt es u.a. das Prinzip „regionalen Zentren“ / „zentralen Ortschaften“ in den politischen Entscheidungen von Ministerien endlich durchzusetzen. Dies im Sinne einer „déconcentration concentrée“ anstatt einer diffusen Entwicklung aller Gemeinden / Ortschaften einer Region. Die Wachstumsziele bzw. -grenzen der einzelnen Gemeinden einer Region müssen sich in Zukunft verstärkt an dieser Philosophie orientieren, auch Investitionsbeihilfen des Staates müssen sich selektiver an den räumlichen Entwicklungszielen orientieren.

Zudem gilt es prioritär die Innen- vor einer Außenentwicklung von Ortschaften voran zu treiben sowie die Industriebrachen mit Leben zu füllen bzw. generell eine Liste der „rekonversionswürdigen“ Flächen zu erstellen. Der Bau jedweder neuer „centres commerciaux“ auf der „grünen Wiese“ ist zu unterbinden (ggf. auch mittels spezifischem Gesetz) u.a.m.

- **Sektorielle Pläne öffentlich diskutieren, nachbessern und in Kraft setzen!**

In der auslaufenden Legislaturperiode werden die sektoriellen Pläne kaum noch definitiv verabschiedet werden, jedoch werden sie noch einer öffentlichen Prozedur unterzogen und eine breite Debatte über deren Inhalt und Orientierung wird möglich sein.

Die neue Regierung sollte auf dieser Grundlage die Entwürfe der sektoriellen Pläne ggf. aufgrund der stattgefundenen Debatten nachbessern und dann umgehend validieren und umsetzen.

Diese verbindlichen Pläne müssen zwingend zu Beginn der Legislaturperiode als Basis der konkreten Landesplanung der gesamten kommenden Legislaturperiode in Kraft treten.

Es gilt zudem ein regelmäßiges Monitoring der Auswirkungen der „sektoriellen Pläne“ durchzuführen, um zu untersuchen, ob die gesteckten Ziele auch erreicht werden bzw. festzustellen, ob sich ggf. weitere Nachbesserungen aufdrängen.

6 Vorkaufsrecht von öffentlicher Hand und Enteignung im Sinne der „utilité publique“: Reformen notwendig, um Allgemein- vor Privatinteressen zu stellen!

Es gibt durchaus Bestimmungen zum Vorkaufsrecht von Staat und Gemeinden, ebenso zum Einleiten unter gewissen Umständen einer Enteignungsprozedur. Und aber: Fakt ist, dass in der Realität sehr sinnvolle Projekte im Interesse der Allgemeinheit an einer unzufriedenstellenden Definition / Prozedur beider Bestimmungen scheitern!

Eine gute Landesplanungspolitik braucht in der Tat eine gewisse Garantie, dass nach genau definierten Kriterien Allgemein- vor Privatinteressen gelten können bzw. müssen. Dies darf nicht nur im Bereich des Straßenbaus garantiert sein. Insofern gilt es vor allem darüber nachzudenken, nach festgelegten Prinzipien und strengen Kriterien der „utilité publique“ Vorrang vor Privatinteressen zu geben (siehe hierzu ebenfalls das Kapitel „Wohnen“).

7 Landesplanerische Überlegungen als Vorgaben auch für den Rifkin-Prozess definieren!

Die Rifkin-Strategie - so kritisch sie in bestimmten Teilen auch zu bewerten sein mag - ist von direkter Relevanz für die Raumnutzung und somit für die Landesplanung. Zum einen variieren die Voraussetzungen für den angestrebten Strukturwandel zwischen unterschiedlichen Teilräumen des Landes, d.h. nicht alle Teilräume können auf die gleiche Weise zur Umsetzung der Strategie beitragen. Zum anderen haben die in der Strategie vorgeschlagenen Visionen und Maßnahmen räumlich unterschiedliche Konsequenzen. Ähnlich wie frühere industrielle Revolutionen wird auch die dritte industrielle Revolution (lies Umsetzung der Rifkin-Strategie) zu umfassenden Veränderungen der räumlichen Struktur führen.

Dabei kann die Landesplanung eine wichtige Rolle spielen um sicherzustellen, dass die Potentiale aller Teile des Landes genutzt werden und die räumlichen Konsequenzen nicht dazu führen, dass Teile des Landes von der Entwicklung abgehängt werden oder es zu einer unkontrollierten Zersiedelung kommt.

Während die Diskussion der Rifkin-Strategie sich oft auf dicht besiedelte Gebiete bezieht, hat die Umsetzung der Strategie auch das Potential gezielt Mittel- und Regionalzentren zu stärken. Für viele Aspekte der Rifkin-Strategie kann hier genügend kritische Masse entstehen, z.B. für neue Mobilitätskonzepte, die Umsetzung der Sharing Economy und überkommunalen Gewerbegebiete, in denen die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft angewandt werden.

Für die ländlichen Gebiete birgt eine Umsetzung der Rifkin-Strategie sowohl Herausforderungen als auch Chancen zur Verbesserung der Lebensqualität. Zwar können ländliche Räume eine wichtige Rolle für die Produktion von erneuerbaren Energien und Lebensmitteln spielen. Gleichzeitig liegen Herausforderungen für den ländlichen Raum beispielsweise darin, die infrastrukturelle Ausstattung bereitzustellen oder die kritische Masse für neue Produkte und Dienstleistungen zu erreichen.

Eine **räumliche Vision wie das Luxemburg der dritten industriellen Revolution aussehen soll** ist gefragt. Diese Vision könnte wegleitend sein in Fragen wo z.B. Schwerpunkte der Sharing economy, der Reparaturzentren u.ä. entstehen sollen, oder wo welche Form der Digitalisierung besonders vorangetrieben werden soll.

Die **Landesplanung muss die Rifkin-Studie aktiv begleiten**, d.h. ggf. auch Vorgaben aus landesplanerischer Sicht erstellen.

8 Landesplanung als Rahmen für kommunale Entwicklung

Die Vorgaben der Landesplanung müssen auf Gemeindeebene die entscheidenden **Leitlinien für die kommunale Entwicklung** darstellen (u.a. was Flächennutzungs- und Teilbebauungspläne bzw. öffentliche Investitionen anbelangt). Dies gilt auch für die sektoriellen Ministerien, u.a. das Innenministerium, als „autorité de tutelle“ der Gemeinden u.a. im Bereich der Siedlungsentwicklung. Die Integration von Landesplanungsaspekten in die Kommunalplanung ist zudem unabdingbar zur Gewährleistung einer kohärenten Regionalplanung.

Die Vorschläge des Mouvement Ecologique im Detail:

- Die kommende Regierung sollte sicherstellen, dass Landes- und Innenministerium gemeinsam ein **regelmäßiges nationales Monitoring der Entwicklung der Gemeinden** gewährleisten, dies nach nachvollziehbaren landesplanerischen Kriterien (welche durch Indikatoren konkretisiert werden).
- Eine Neuerung des Omnibus-Gesetzes besagt, dass sich Gemeinden lediglich bei der grundsätzlichen Überarbeitung **ihres neuen Flächennutzungsplanes (PAG) dem Programm der Landesplanung („PDA“) anpassen** müssen. Wie dies vor der Omnibus-Reform der Fall war, sollten die Gemeinden innerhalb eines festgelegten Rahmens ihre Bebauungspläne in Konformität zu den Direktiven der Landesplanung setzen müssen (z.B. nach 3 Jahren). Dies ist umso wichtiger, als die Mehrzahl der Gemeinden ihre Flächennutzungspläne wohl vor der Verabschiedung der neuen Leitlinien der Landesplanung stimmen wird und somit eine Anpassung an die Leitlinien der Landesplanung wohl in jenen Gemeinden erst in 10 oder mehr Jahren bei einer Überarbeitung des PAGs erfolgen würde.
- Ein weiterer Rückschritt aus der Sicht der Landesplanung der aufgrund des Omnibus-Gesetzes erfolgte, sollte des Weiteren behoben werden: bis zur Omnibus-Reform war vorgesehen, dass jede **Gemeinde in regelmäßigen Abständen - alle 6 Jahre - evaluieren musste, inwiefern ihre Entwicklung den gesteckten Zielen (und somit implizit ebenfalls den Anforderungen der Landesplanung) gerecht wird oder nicht** und musste ggf. Korrekturen an ihrem PAG anbringen. Nunmehr wurde diese Analyse durch eine sehr oberflächliche Stellungnahme ersetzt, in welcher weder der Gemeinderat noch die BürgerInnen transparent einbezogen werden. Eine solche fundierte Evaluation ist jedoch angesichts der schnellen Entwicklungstrends von großer Bedeutung. Sie sollte im Übrigen der zuständigen „commission d'aménagement“ zur Stellungnahme und dem Landesplanungsministerium zur Information vorgelegt werden.
- Die heutige **Zusammensetzung der staatlichen „commission d'aménagement“** sollte überdacht werden. Wer die Landesplanung ernst nehmen will, für den ist klar, dass bei der fachlichen Bewertung von PAGs und PAPs Kriterien der Landesplanung ausreichend berücksichtigt werden müssen. Vor der Omnibus-Gesetzesreform war dieses Gremium kollegial mit Akteuren der verschiedenen Ministerien besetzt, nun aber besteht eine Dominanz des Innenministeriums, zumindest in der Verabschiedung der Gutachten. Auch wenn die Vertreter des Innenministeriums sicherlich Landesplanungsaspekte einbeziehen wollen, so stellen direkte Vertreter des Landesplanungsministeriums doch eine „plus value“ dar, die die neue Bestimmung des Omnibus-Gesetzes sollte deshalb aufgehoben werden.
- Des Weiteren ist es unabdingbar, dass auch Teilbebauungspläne (**PAP) aufgrund einer bestimmten Größenordnung bzw. einer bestimmten Lage (z.B. im Zentrum einer Ortschaft) dieser Kommission zur Begutachtung** vorgelegt werden, so wie dies vor der Reform des Omnibus-Gesetzes der Fall war. Hier drängt sich eine punktuelle Abänderung am Gesetz auf.
- Eine kohärente Landesplanung erfordert **zudem Korrekturen an der rezent durchgeführten Gemeindefinanzreform**. Grundsätzlich ist es zwar positiv zu werten, dass in der auslaufenden Legislaturperiode die seit Jahren überfällige Reform stattgefunden hat. Höchst problematisch ist jedoch, dass dabei der Fokus in diesem Ausmaß auf die Bevölkerungszahl sowie die kommunale „Bevölkerungsdichte“ gelegt wurde resp. der Beitrag „emplois salariés“ an die Standortgemeinde einer Aktivitätszone gebunden ist (und nicht gleichberechtigt

unter den Mitgliedsgemeinden verteilt wird). Dies steht z.T. im Widerspruch mit Landesplanungskriterien, benachteiligt ländliche Gemeinden und widerspricht dem Ziel der gewollten Förderung regionaler Aktivitätszonen. Es wäre deshalb notwendig, eine erste Evaluation der Gemeindefinanzreform durchzuführen und Landesplanungsaspekten eine stärkere Bedeutung beizumessen. Dabei sollten als zusätzliches Kriterium der Verteilung der Gelder vor allem das Aufgabengebiet der jeweiligen Gemeinde und die dadurch entstehenden Kosten bzw. ggf. entgangene Einnahmen genommen werden.

9 Überarbeitung bestehender Förderprogramme nach regionalen Kriterien - Schaffung eines Fonds für regionale Projekte

Der Mouvement Ecologique bleibt weiterhin der Überzeugung, dass eine nachhaltige Regionalentwicklung voraussetzt, dass staatliche Gelder / Zuschüsse in diesem Sinne umorientiert werden bzw. zusätzliche Gelder für anerkannte regionale Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Dies bedeutet im Klartext:

- **Bestehende Subventionsposten der Fachministerien müssen verstärkt an regionale Kriterien gebunden werden**, eine entsprechende Überarbeitung der heutigen Fördermittel aufgrund landesplanerischer Kriterien ist in diesem Zusammenhang geboten (z.B. im kulturellen oder touristischen Sektor);
- Der seit Jahren immer wieder erwähnte **Regionalfonds** zur spezifischen Förderung von regionalen Initiativen sollte nunmehr geschaffen werden. Dieser Fonds sollte - nachdem die Kompetenzen für den ländlichen Raum in das Landesplanungsministerium übertragen wurden - im Landesplanungsministerium angesiedelt und mit transparenten Förderkriterien versehen sein;
- **Regionale Gelder zur Förderung funktionaler Räume sollten an den Bedürfnissen der Gemeinden orientiert werden**. Dabei sollte die Förderung für alle Gemeinden offen stehen und sich nicht an unnachvollziehbaren Unterscheidungen zwischen städtischen (Konventionsgebieten) und ländlichen (Leader-Gebieten) Gemeinden orientieren. Für eine integrierte Landesplanung wäre es sinnvoller, die Förderung an Themen zu binden, die auf interkommunaler Ebene gelöst werden müssen oder effektiver gelöst werden können.
- Des Weiteren sollte verstärkt ein **entstehender Mehrwert aus einer Planung besteuert werden!** Es geht dabei nicht darum, einen kleineren Terrainbesitzer zu belasten, sondern grundsätzlich darum, dass Akteure, deren Parzellen oder ökonomische Aktivitäten aufgrund einer Entscheidung / Investition der öffentlichen Hand einen deutlichen Mehrwert erhalten, dafür eine gewisse Steuer zahlen müssen. Grundsätzliche Überlegung ist, dass nicht die Kosten bei der Allgemeinheit und der Nutzen beim Einzelnen liegen, der eigentlich gar keinen direkten Beitrag zu diesem Mehrwert geleistet hat. Die neue Regierung sollte sich vornehmen die Opportunität und evtl. Ausgestaltung einer derartigen Besteuerung zu untersuchen und sich ggf. Modelle im Ausland und deren Wirkung anzusehen.

10 Flexiblere und zielorientiertere Formen der regionalen Zusammenarbeiten einführen - Demokratisierung gewährleisten!

Landesplanung lebt von einer guten Regionalentwicklung und einer engen Absprache zwischen Staat und Gemeinden und Regionen. Der Bedarf und die Notwendigkeit nach einer regionalen Absprache / gemeinsamen Planung ist heute größer denn je. Trotzdem ist so mancher unzufrieden mit der heutigen regionalen Zusammenarbeit (u.a. in Form sogenannter Konventionsgebiete), ihr fehlt es derzeit noch an der notwendigen Schlagkraft. Vor allem werden die wirklich wichtigen Fragen der Regionalentwicklung, wie z.B. eine gemeinsame Siedlungsentwicklung oder ein regionales Mobilitätskonzept, nur begrenzt angegangen.

Es reicht nicht, bei dieser Feststellung stehen zu bleiben bzw. diese Entwicklung diese zu bedauern. Es gilt sehr gezielt die Schlagkraft und den Stellenwert der interkommunalen Zusammenarbeit - seien es nun Konventionsgebiete oder andere flexiblere Kooperationsformen - in der kommenden Legislaturperiode zu stärken. Eine gute Landesplanung ohne eine entsprechende Regionalentwicklung bleibt eine Art „Papiertiger“.

Hierzu sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique u.a. folgende Schritte notwendig:

- **Statt - oder zusätzlich zu - einer Festlegung von Konventionsgebieten, in denen (wie derzeit) die Zusammenarbeit von Gemeinden einer Region gefördert wird, sollten flexiblere Mechanismen der Zusammenarbeit überlegt werden.** Dies als Antwort auf präzise Fragestellung, die nur oder am sinnvollsten in einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit bearbeitet werden können.

Voraussetzung ist natürlich eine Identifizierung der jeweiligen Gemeinden mit der betreffenden Fragestellung (z.B. Mobilitätsplanung oder Absprache der PAG's). Dabei ist jedoch wichtig, dass die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit und der Mehrwert der Zusammenarbeit von den Gemeinden identifiziert wird. Zudem müssen flexiblere Formen der Zusammenarbeit gefunden werden, die besser an die Bedürfnisse und Wirklichkeit der Gemeinden angepasst sind, als die aktuellen Konventionen. Damit könnte die Motivation zur interkommunalen Zusammenarbeit deutlich erhöht werden. Die Frage nach der administrativen Koordinierung solcher Zusammenschlüsse ist jedoch noch zu lösen. Diese Lösung muss im Dialog mit den Gemeinden gefunden werden.

- **Es gilt dabei die Voraussetzungen zu gewährleisten, damit diese Strukturen auch wirklich mit Leben gefüllt werden können.** Dies bedeutet:
 - Das Personal auf Gemeindeebene muss Zeit für die überkommunale Zusammenarbeit und die Auseinandersetzung mit anderen Gemeinden haben;
 - es bedarf auch Mitarbeiter, die auf regionaler oder interkommunaler Ebene arbeiten, z.B. durch verstärkte Freistellung von bestehendem Personal der Gemeinden für die Arbeiten in der Regionalstruktur oder aber Einstellung von neuem Personal auf regionaler Ebene (das Leader-Beispiel zeigt u.a. auf, wie wichtig derartiges Personal ist);
 - um interkommunale Zusammenarbeit voranzutreiben bedarf es Moderatoren und Motivatoren auf regionaler oder nationaler Ebene;
 - parallel bedarf es auch der Stärkung der personellen Ausstattung des Landesplanungsministeriums, damit dieses die regionale Kooperation effektiv begleiten und ggf. mit vorantreiben kann.

- **Zudem sollte eine Demokratisierung der regionalen Zusammenarbeit sichergestellt sein, nur durch das Erreichen einer „kritische“ Masse in der Diskussion kann eine wirkliche Belebung und Dynamisierung der Regionalplanung erfolgen.**

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass ein Mehr an Transparenz und Diskussion - über den kleinen Kreis der Mitglieder (Bürgermeister bzw. hohe Beamte von Ministerien) der heutigen Entscheidungsstruktur Gemeinden / Staat hinaus - auch für eine neue Dynamik dieser regionalen Strukturen sorgen wird.

Derzeit werden in der Tat demokratische Prinzipien zu sehr außer Acht gelassen, was auch teilweise die geringe Effizienz dieser Strukturen erklären dürfte. Z.T. werden die Gemeinderäte kaum in die Diskussionen und Entscheidungen einbezogen, von den BürgerInnen nicht zu sprechen. Deshalb setzt sich der Mouvement Ecologique dafür ein, dass demokratische Grundregeln seitens des Staates in diesen regionalen Gremien gewährleistet werden, d.h. u.a. der Zugang von Gemeinderäten und BürgerInnen zu allen relevanten Dokumenten, die Einbeziehung von Gemeinderäten und BürgerInnen in Diskussions- und Entscheidungsprozesse, die Gestaltung einer spezifischen Internetseite, in der alle relevanten Dokumente und Informationen der Regionalstrukturen - ebenso wie Sitzungsberichte - verfügbar sind u.a.m.

11 Naturparke als Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung stabilisieren und ausweiten

Naturparke können ein wichtiges Instrument einer nachhaltigen Regionalentwicklung sein. Sie haben in den vergangenen Jahren sicherlich zu einer Identitätsbildung in den verschiedenen Naturparkregionen beigetragen und eine Reihe von positiven Projekten wurden aufgrund des Naturparkgedankens initiiert.

Nachdem sich die Idee in den vergangenen 30 Jahren verbreitet und gefestigt hat, ist es angebracht, einerseits in aller Offenheit zu hinterfragen, inwiefern die in die Naturparks gesteckten Erwartungen erfüllt werden konnten und andererseits zu untersuchen, wo es Stärken und Schwächen gibt und wie man sich für die Zukunft aufstellen sollte: Werden sie dem Anspruch gerecht, die räumliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Region anzugehen und im Rahmen einer regionalen Zusammenarbeit zu steuern.

- Gemeinsam sollten nationale und regionale Akteure, auch die Zivilgesellschaft, über **Prioritäten in der Fortführung** der Naturparke Öwersauer, Ourdall und Möllerdall **diskutieren**. Dabei gilt es ebenfalls kritisch zu analysieren, wie die Naturparke noch stärker als Entwicklungsinstrument eingesetzt werden könnten. Indikatoren sollten verstärkt als objektiv messbare Bewertungskriterien der Arbeit der Naturparke dienen.
- Die seit langem in Aussicht gestellte **Gründung eines Naturparks „Dreilännereck“ an der Mosel** sollte konsequent verfolgt werden, ebenso wie die Diskussion über einen **eventuellen Zusammenschluss beider Naturparks im Norden** unseres Landes.